

Mitteilungsblatt

Ausgabe 1-2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Beginn dieses Jahres habe ich die Leitung der Redaktion unseres Mitteilungsblattes übernommen. Weiterhin in der Redaktion arbeiten die Kollegen Paul Blaschke, Reinhard Endell, Dorothee Feldmeier und Dr. Wilhelm Tappert. Das Mitteilungsblatt soll künftig zweimal jährlich erscheinen und zwar etwa zur Jahresmitte und - als Jahresrückblick - zum Jahresende. Als Redaktionsschluss ist jeweils der 10. Mai und der 10. November vorgesehen.

Ich habe die Redaktionsleitung gerne übernommen, weil mir die rund 10-jährige Arbeit in der Redaktion der Deutschen Richterzeitung viel Freude gemacht hat. Allerdings lebt jede Verbandszeitschrift - wie jeder Verband selbst - von der Aktivität der Mitglieder. Leider habe ich festgestellt, dass die Mitglieder unseres Verbandes keinen Gebrauch von der Möglichkeit machen, Beiträge oder Leserbriefe zur Veröffentlichung im Mitteilungsblatt zu schreiben. Das ist besonders schade, weil das Mitteilungsblatt ein effektives Forum zum Austausch von Meinungen und Informationen sein könnte. Und es gibt doch Vieles, was Sie bewegt. Ich denke etwa an die Erfahrungen mit den neuen EDV-Systemen web.sta oder forumSTAR, Erfahrungen mit dem Bereitschaftsdienst oder Meinungen zu den neuen PEBBSY-Zahlen. Ich weiß auch, dass viele Kolleginnen und Kollegen das, was Ihnen „auf den Nägeln brennt“ zu Papier bringen. Deshalb meine Bitte an alle Mitglieder: Schicken Sie uns Beiträge und Leserbriefe zur Veröffentlichung im Mitteilungsblatt. Helfen Sie mit, dass unsere Verbandszeitung wieder lebendiger wird und nutzen Sie die Möglichkeit, Ihre Informationen und Gedanken an die Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben.

Ihr
Thomas Edinger

Podiumsdiskussion

Der Landesverband veranstaltet

**am 28.10.2008 um 17:00 Uhr im Erbacher Hof
in Mainz**

eine
Podiumsdiskussion
unter dem Titel

**"Unsere Justiz –
überlastet und schlecht bezahlt!?"**

Auf dem Podium werden u. a. Justizminister **Dr. Heinz Georg Bamberger**, der **stv. Bundesvorsitzende des DRB Hanspeter Teetzmann** sowie **Prof. Dr. Dr. Detlef Merten**, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, das Thema diskutieren. Moderiert wird die Diskussion von Herrn **Bernhard Töpfer**, Leiter der ZDF-Redaktion „Recht und Justiz“. Als weiterer Podiumsteilnehmer ist angefragt der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts a. D. **Prof. Dr. Dr. Winfried Hassemer**.

Der Erfolg der Veranstaltung hängt wesentlich von der Zahl der Besucher ab!!!

Darum bitte ich alle Mitglieder des Landesverbandes: Kommen Sie zu der Veranstaltung nach Mainz. Helfen Sie uns dabei, öffentlich deutlich zu machen, wie es um die Belastung sowie die Besoldungs- und Versorgungssituation der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter in Rheinland-Pfalz bestellt ist. Merken Sie sich bitte den Termin schon heute vor.

Thomas Edinger



Aus Präsidium und Landesvorstand

In der ersten Sitzung des Jahres am 11.02.2008 beschäftigte sich der Vorstand des Landesverbandes intensiv mit dem Thema Besoldung und Versorgung und der Frage, wie der Richterbund hier zu einer Verbesserung der Situation beitragen kann. Diskutiert wurden die folgenden Vorschläge:

- persönliches Gespräch mit dem Finanzminister
- Kontaktaufnahme mit Vertreterinnen und Vertretern des Haushalts- und Rechtsausschusses
- Podiumsdiskussion
- Vergrößerung der Medienwirksamkeit
- symbolische Rückgabe der Besoldungserhöhung an den Ministerpräsidenten unter dem Motto "Wir wollen keine Almosen, sondern eine Gehaltserhöhung!"
- Internet-Forum zur Beteiligung aller Mitglieder auf der Homepage
- Weiterleitung der dort eingegangenen Reaktionen an die Verantwortlichen der Politik
- Unterstützung von Klagen auf Besoldungsanpassung und gegen das Dienstrechtsreformgesetz
- stärkere Unterstützung der Versorgungsempfänger im Rahmen der Diskussion
- Kontaktaufnahme mit Vertretern des Justiz-, Finanz- und Innenressorts, mit Wirtschaftsverbänden, Abgeordneten und dem Beamtenbund sowie anderen Verbänden (Rechtspflegebund, Justizgewerkschaft, NRV)
- stärkere Lobby-Arbeit
- Ansprache von Nichtmitgliedern
- Aufrufen zum "Dienst nach Vorschrift"
- Vergleich mit anderen Ländern
- Zeitungsinsertate
- Presseerklärung
- Pressegespräch
- Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Landesvertreterversammlung im September 2008.

Neben verschiedenen anderen Aktivitäten (Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, Kontaktaufnahme mit Abgeordneten, Justiz- sowie Finanzministerium, Pressegespräche etc.) wurde beschlossen, eine Podiumsdiskussion zu dem Thema „Unsere Justiz - überlastet und schlecht bezahlt!“ in Mainz durchzuführen (Näheres hierzu in diesem Heft). Daneben wurde beschlossen, eine Internet-Plattform auf unserer Homepage zu eröffnen, auf der sich alle Kolleginnen und Kollegen an der Diskussion beteiligen können. (**Anmerkung:** Auf Grund technischer Schwierigkeiten konnte die Plattform noch nicht in Betrieb genommen werden).

Andere Vorschläge, insbesondere die Durchführung einer Demonstration der Richter und Staatsanwälte in Mainz oder der Aufruf zum „Dienst nach Vorschrift“ fanden im Vorstand keine Mehrheit.

In seiner Sitzung am 02.06.2008 beschäftigte sich der Vorstand zunächst mit dem Vorschlag des Bezirksvereins Landau in der Pfalz (abgedruckt in diesem Heft). Nach einer lebhaften Diskussion wurde beschlossen, den Vorschlag zunächst zurückzustellen, im Mitteilungsblatt zu publizieren und die Meinung der Mitglieder des Verbandes hierzu festzustellen. Als weiteren Tagesordnungspunkt befasste sich der Vorstand mit der Durchführung einer Landesvertreterversammlung. Als Termin für die nach § 15 Abs. 1 a unserer Satzung etwa zur Mitte einer Wahlperiode einzuberufende Landesvertreterversammlung wurde der 28.10.2008, 14.00 Uhr, festgelegt. Als Veranstaltungsort wurde der Erbacher Hof in Mainz ausgewählt (ab 17.00 Uhr soll eben da die Podiumsdiskussion stattfinden).

Landauer Vorschlag

Mit Schreiben vom 18.04.2008 hat sich der Verein der Richter und Staatsanwälte im Landgerichtsbezirk Landau i.d.Pf. mit folgendem Anliegen an den Landesvorstand gewandt:

Die Unzufriedenheit der Richter und Staatsanwälte insbesondere mit der Art und Weise, wie die Landesregierung gegenüber den Richtern und Staatsanwälten in Gutsherrenart faktischen Einkommensabbau betreibt und dem Anschein nach versucht, Berufsvertretungen wie Papiertiger an der Nase herumzuführen, mündet in eine unverkennbare Verdrossenheit der Kolleginnen und Kollegen sowohl dem Dienstherrn als auch den als ohnmächtig empfundenen Berufsvertretungen gegenüber. Das hohe und überobligationsmäßige Engagement der meisten Kollegen hat jenseits aller Pensenberechnungen eine Manövriermasse entstehen lassen, mit der alle Belastungssteigerungen und Belastungsspitzen aufgefangen werden und die dem Justizminister in der alljährlich vermittelten Weihnachtsbotschaft Gelegenheit gibt, den tief empfundenen Dank des Dienstherrn an die Justizfamilie auszusprechen. Das freut uns alle von Herzen, bringt aber kein einziges Weihnachtsgeschenk ins Haus. Polemisch ausgedrückt, könnte man dieses Verhalten unter dem Leitgedanken sehen: "Was wollt ihr denn, der Laden läuft doch einigermaßen. Und wenn jetzt noch neue Personalführungskonzepte umgesetzt



werden, wird die Tätigkeit in der Justiz noch vergnügungssteuerpflichtig!"

Unbeschadet der vom Landesvorstand ins Gespräch gebrachten Vorschläge, wie der Richterbund seinen Anliegen mehr Nachdruck verleihen kann, bitten wir deshalb, als weitere Aktionsmöglichkeit folgenden Aufruf an die Kolleginnen und Kollegen zu erwägen:

Die Richter und Staatsanwälte weigern sich unter den gegebenen finanziellen Bedingungen, an der Referendarausbildung in Arbeitsgemeinschaften und im Prüfungswesen in der Justiz auf freiwilliger Basis mitzuwirken.

Wenn der Richterbund dies landesweit in die Diskussion einbringen würde, könnten über lokale Informationsmöglichkeiten auch die nicht organisierten Richter und Staatsanwälte angesprochen und so die Breitenwirkung verstärkt werden.

Natürlich kann es sich dabei nur um eine Empfehlung ohne Bindungswirkung handeln. Allein aber die ernsthafte Erwägung einer solchen Maßnahme könnte vielleicht die Nachdenklichkeit beim Dienstherrn erhöhen und das Profil des Richterbundes etwas schärfen.

Diese Anregung ist insofern konsequent, als nicht einerseits über unangemessene Besoldung und Überlastung geklagt werden kann, wenn andererseits freiwillige Zusatzaufgaben für ein nahezu symbolisches Entgelt bereitwillig übernommen werden.



Der schwindende Respekt auf dem Gerichtsparkplatz war eine weitere Folge der Besoldungskürzungen...

Landesvorstand bei Justizminister Dr. Bamberger

Am 28.01.2008 trafen sich der Landesvorsitzende Thomas Edinger, der stellvertretende Vorsitzende Reinhard Endell und die Geschäftsführerin Birgit Nennstiel zu einem Gedankenaustausch mit Herrn Justizminister Dr. Heinz Georg Bamberger. An dem Gespräch nahmen auch Frau Staatssekretärin Beate Reich und die Leiterin der Personalabteilung des Ministeriums Frau Dr. Brigitte Mandt teil.

Dabei wurden folgende Themen behandelt:

1. Auswirkungen der neuen PEBB§Y-Zahlen auf die Personalentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften (Pensenschlüssel, ergänzende Proberechnungen und Auswertungen)

Der Minister teilte mit, im Doppelhaushalt 2007/08 seien 15 Stellen mehr im höheren Dienst geschaffen worden, die verwendet worden seien, um die Folgen der Altersteilzeit zu mildern. In der ordentlichen Gerichtsbarkeit liege der Deckungsgrad nach PEBB§Y bei 87 Prozent, bei den Staatsanwaltschaften bei 74 Prozent. Für die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit werde erstmals für das Jahr 2007 eine Berechnung nach PEBB§Y angestellt.

Für das Jahr 2008 seien 6 überplanmäßige Stellen bei den Staatsanwaltschaften vorgesehen. Auch im nächsten Doppelhaushalt soll die Personalsituation, insbesondere bei den Staatsanwaltschaften, verbessert werden.

Die Pensenkommision habe einen Beschluss zur Einbeziehung der Bereitschaftsdienstzeiten gefasst, so dass 4 Stellen für die Richterschaft und 4 für die Staatsanwaltschaften mehr veranschlagt werden müssten.

Frau Dr. Mandt betonte, dass das Finanzministerium die PEBB§Y-Erhebung nach wie vor nicht als verbindlich betrachte, da sie auf einem Selbstaufschreibesystem basiere. In Bayern habe jedoch eine Überprüfung durch ein unabhängiges Unternehmen stattgefunden, die noch bessere Zahlen für die Justiz ergeben habe.

2. Auswirkungen neuer EDV-Programme (insbesondere forumSTAR und web.sta) auf die Pensen, Erforderlichkeit einer PEBB§Y-Nach-erhebung?

Der Minister betonte, man wolle Richterinnen und Richter nicht zwingen, EDV-Programme zu nutzen. Jeder solle entscheiden, inwieweit diese nutzbringend für die tägliche Praxis eingesetzt werden können. Auch für die staatsanwaltliche Arbeit soll web.sta effektiv eingesetzt werden. Er prüfe, ob eine Arbeitsgruppe



beim Ministerium unter Einbeziehung der Praxis die bislang gemachten Erfahrungen mit web.sta für Verbesserungen nutzbar machen könne. Außerdem werde geprüft, ob Vorverfügungen installiert werden können, die das Arbeiten erleichtern könnten. Ob Mehrarbeitsaufwand festzustellen sei, müsse die praktische Arbeit mit den neuen Programmen zeigen.

3. Personalersatz bei Elternzeit und Altersteilzeit

Der Minister berichtete, dass haushaltsrechtlich ein Ersatz für Kolleginnen und Kollegen nicht vorgesehen sei, wenn die Elternzeit weniger als 1 Jahr betrage. Aus organisatorischer Sicht bitte er die betroffenen Kolleginnen und Kollegen darum, frühzeitig eine Entscheidung über die Dauer der Elternzeit mitzuteilen. Er werde einen Versuch unternehmen, die tradierte Regelung unter den neuen familienpolitischen Vorgaben des Elterngeldes haushaltsrechtlich überprüfen zu lassen. Man müsse abwarten, wie die neue Regelung mit schlechteren finanziellen Konditionen für die Altersteilzeit angenommen werde.

4. Position des Ministers zum Entwurf des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes (insbesondere zu: Gehaltserhöhung um „nur“ 0,5 %, Wartezeit von zwei Jahren bei Beförderungen ab R 2, Kostendämpfungspauschale)

Minister und Staatssekretärin betonten, dass der Besoldungsanpassung ein Kabinettsbeschluss zugrunde lag, wonach nur eine geringe Erhöhung der Besoldung zur Haushaltskonsolidierung vorgenommen worden sei. Anders als in anderen Bundesländern seien jedoch keine Anhebungen der wöchentlichen Arbeitszeit erfolgt und keine Stellenkürzungen oder Neubesetzungssperren vorgenommen worden. Man habe sich bewusst für diese Variante statt einer Effizienzrendite entschieden.

5. Richterlicher und staatsanwaltschaftlicher Bereitschaftsdienst (Ersatz von Reisekosten bei Fahrten zum Dienstort nach Ende der üblichen Dienstzeit und an Feiertagen und Wochenenden)

Frau Dr. Mandt referierte, dass eine Verbesserung erzielt worden sei, indem die Abrechnung der anfallenden Kosten im Bereitschaftsdienst nach Reisekostenrecht statt wie zuvor nach Trennungsgeldregelungen erfolgen könne. Danach können auch die Anfahrt unter 30 km abgerechnet werden. Fahrkosten vom

Wohnort zum regulären Dienstort würden aber nach wie vor nicht ersetzt. Dies sei auch bei anderen Berufsgruppe nicht der Fall, so dass für den Justizdienst keine Sonderregelung geschaffen werden könne.

6. Kilometerpauschale bei Dienstreisen (insbesondere für Betreuungsrichter im Blick auf drastisch gestiegene Kosten der Benutzung des eigenen KFZ)

Die Sachlage wurde umfassend erörtert. Frau Dr. Mandt sicherte zu, an das Finanzministerium eine Anfrage zu richten, ob die Kilometerpauschale angehoben werden könne. Dies könne Erfolg versprechen, weil die Alternativen Taxi oder Mietwagen für den Haushalt erheblich nachteiliger wären als die Anhebung der Pauschale.

7. Leistungsbesoldung: Gibt es hierzu Pläne für den richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereich (Einführung eines Prämiensystems o. ä.?)

Der Minister teilte mit, keine Pläne für eine Leistungsbesoldung zu haben. Die Regierung plane nach dem Übergang der Besoldungszuständigkeit durch die Föderalismusreform ein Gesamtkonzept bis 2010/2011.

8. Gerichtsnahe Mediation, insbesondere im Hinblick auf die Geschäftsverteilung innerhalb der Gerichte

Der Minister gab bekannt, beim Ministerium sei eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema eingerichtet worden. Es sei geplant, mindestens 2 Kolleginnen oder Kollegen pro Jahr an der Fernuniversität Hagen eine Mediationsausbildung zu ermöglichen. Diese Kolleginnen und Kollegen sollen an der Fortbildung anderer beteiligt werden. Außerdem gebe es eine 9-tägige Grundausbildung, die beim Ministerium durchgeführt werde.

9. Entwurf einer Landesverordnung zur Übertragung von Aufgaben auf den Rechtspfleger und den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle

Der Minister teilte mit, dass ein Verordnungsentwurf vorgelegt worden sei, zu dem gerade Anhörungen stattfänden. Die Initiative zur Aufgabenübertragung sei durch die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger gestartet worden. Wenn sich die Übertragung nicht bewähre, könne sie zurückgenommen werden.

Birgit Nennstiel

Landesvorstand bei Präsident des Oberlandesgerichts Koblenz Ralf Bartz

Am 12.02.2008 besuchte der Landesvorstand, vertreten durch den Vorsitzenden Thomas Edinger und den stellvertretenden Vorsitzenden Reinhard Endell den Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz Ralf Bartz. Es wurden die folgenden Themen erörtert:

1. Zu den PEBB§Y-Zahlen bemerkte der Präsident, dass es sich dabei um ein generell lernendes System handelt. So müssten etwa die zeitlichen Belastungen durch den richterlichen Bereitschaftsdienst zukünftig bei der Ermittlung der PEBB§Y-Zahlen Berücksichtigung finden. Er unterstütze den Justizminister wie auch den Richterbund bei der Forderung nach mehr Personal.
2. Das neue EDV-System forumSTAR werde im Laufe des Jahres 2008 bei allen Gerichten des Bezirks des Oberlandesgerichts Koblenz eingeführt. Bei der Anwendung des EDV-Programms sei nach seiner Auffassung der Kernbereich richterlicher Tätigkeit betroffen. Deshalb sei es besonders wichtig, die Richterinnen und Richter von den Vorteilen des Systems zu überzeugen. Dieses müsse so verbessert werden, dass die Anwender sehen, dass die investierte Zeit auch ihrer eigenen Arbeit Vorteile bringe.
3. Besondere Aufmerksamkeit forderte der Präsident für die Belange der Amtsgerichte, weil diese am höchsten belastet seien. In diesem Zusammenhang lege er großen Wert auf die Förderung der Durchlässigkeit, z.B. durch Abordnungen an das Oberlandesgericht.
4. Zur gerichtsnahen Mediation gäbe es erfolgreiche Modelle in Niedersachsen in der Sozialgerichtsbarkeit. Auch in der ordentlichen Gerichtsbarkeit gäbe es eine große Anzahl von Richterinnen und Richtern, die an einer Fortbildung im Bereich der Mediation interessiert seien. Dabei gehe das Interesse vor allem dahin, bestimmte mediative Elemente in das Tagesgeschäft einzuführen. Dies könne nicht nur Vorteile für die Akzeptanz gerichtlicher Entscheidungen bringen, sondern auch zu einer Steigerung der Vergleichsquoten führen. Der Ausbildungsaufwand sei insoweit in jedem Fall gerechtfertigt.

5. Die Übertragung weiterer Aufgaben auf die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger hält der Präsident für richtig. Diese seien so gut ausgebildet, dass sie die zusätzlichen Aufgaben bewältigen könnten. Probleme seien hierbei nicht zu erwarten.

Thomas Edinger

Landesvorstand bei Präsident des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken Walter Dury

Am 07.02.2008 trafen sich der Landesvorsitzende Thomas Edinger und sein Stellvertreter Reinhard Endell zu einem Gespräch mit dem Präsidenten des Pfälzischen Oberlandesgerichts Walter Dury. Bei dem Gespräch wurden die folgenden Themen erörtert:

1. Zum Thema Personalentwicklungskonzepte in der Justiz merkte der Präsident an, solche Konzepte sollten weitgehend durch die Dritte Gewalt selbst entwickelt werden. Das „Rotationsprinzip“ halte er im Richteramt unter dem Gesichtspunkt der richterlichen Unabhängigkeit für nicht unproblematisch. Entscheidend sei, wer definiere, was unter „Rotation“ zu verstehen sei. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass die Erprobungshoheit bei den Oberlandesgerichten verbleibe.
2. Bei der Einführung des neuen EDV-Programms forumSTAR bei den Zivilabteilungen der Amtsgerichte habe es anfangs erhebliche Probleme gegeben. Allerdings sei man jetzt in der Pfalz bei der Einführung auf einem guten Weg. Wichtig seien in diesem Zusammenhang intensive Schulungen sowohl der Richterinnen und Richter als auch des Servicebereichs. Klar sei für ihn, dass die Anwendung des Systems für Richterinnen und Richter einen größeren Zeitaufwand bedeute als die Verfügung in Papierform. Allerdings hoffe er, dass nach der Realisierung der von ihm geforderten Programmverbesserungen (richterliche Verfügungen, Textprogramm), einer Einarbeitungszeit und nach Behebung technischer Probleme des Systems forumSTAR zu einer Entlastung der Serviceeinheiten und des Gerichtsbetriebes insgesamt führen werde. Er stehe persönlich voll und ganz hinter dem Programm, weil es insgesamt zu einer Qualitätsverbesserung führen solle.



3. Zu den PEBB\$Y-Zahlen erläuterte der Präsident, dass Teile dieses Zahlenwerks bundesweit angezweifelt würden. Diese Kritik werde aber nicht gerne gehört. Es müssten auch landesspezifische Besonderheiten, etwa bei der Justizverwaltung, berücksichtigt werden. Ein „permanentes Ärgernis“ sei für ihn die fehlende Wertigkeit der Wirtschaftsstrafsachen. So habe eine Kommission der Präsidenten der Oberlandesgerichte und der Generalstaatsanwälte insgesamt 245 Wirtschaftsstrafsachen untersucht und dabei eine wesentlich höhere zeitliche Belastung als die PEBB\$Y-Untersuchung festgestellt. Die Ergebnisse dieser Kommission seien durch die Pensenkommission jedoch zurückgewiesen worden. Damit steige für die mit diesen Sachen beschäftigten Richterinnen und Richter der „Druck zum Deal“. Aus seiner Sicht werde damit bereits die richterliche Unabhängigkeit tangiert. Insgesamt habe die PEBB\$Y-Untersuchung immerhin ergeben, dass bundesweit eine erhebliche Anzahl von Stellen für Richterinnen und Richter fehlten. Es gäbe allerdings auch Ausnahmen. So liege der PEBB\$Y-Deckungsgrad im richterlichen Bereich in Schleswig-Holstein bei 100 Prozent. Insgesamt sei in den einzelnen Bundesländern ein signifikanter Abbau von Richterstellen nicht zu verzeichnen. Im mittleren Dienst gäbe es - entgegen den Ergebnissen der PEBB\$Y-Untersuchung keinen Personalüberschuss. Die entsprechenden PEBB\$Y-Zahlen im mittleren Dienst würden bundesweit angezweifelt.
4. Erörtert wurde auch die weitere Übertragung von Aufgaben auf die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Nicht unproblematisch erscheine ihm die volle Übertragung der Handelsregistereintragungen. Es handele sich dabei gelegentlich um sehr schwierige Fälle.
5. Zur Mediation bemerkte der Präsident, dass die Ausbildung durch das Pfälzische Oberlandesgericht unterstützt werde. Mediative Elemente seien für die mündliche Verhandlung von größtem Nutzen. Ungeklärt seien aber einige Fragen bei der gerichtsnahen Mediation, vor allem bei der Geschäftsverteilung durch die Präsidien.
6. Das so genannte Mentoring werde aus seiner Sicht nicht benötigt. In seinen regelmäßigen Gesprächen mit Assessorinnen und Assessoren habe sich gezeigt, dass hier keine Defizite vorlägen.

Thomas Edinger

Vertreter des Landesverbandes bei Generalstaatsanwälten

Am 12.06.2008 trafen sich der Landesvorsitzende Thomas Edinger, die Geschäftsführerin Birgit Nennstiel, die Staatsanwaltsrätin der StA Frankenthal Dr. Petra Zimmermann und Oberstaatsanwalt Dr. Udo Gehring zu einem Gedankenaustausch über Chancen und Risiken von web.sta und Textsystem RP mit den Generalstaatsanwälten Albrecht Pendt und Norbert Weise. An dem Gespräch nahmen auch die Herren Leitende Oberstaatsanwälte Karl-Rudolf Winkler und Dr. Horst Hund sowie Oberstaatsanwalt Harald Kruse teil.

Eine Mehrbelastung der Kolleginnen und Kollegen durch die Einführung von web.sta und Textsystem RP wurde durch alle Gesprächsteilnehmer konstatiert. Generalstaatsanwalt Weise teilte mit, es sei beabsichtigt, eine Evaluation der konkreten Mehrbelastung durch das neue EDV-System nicht vor der 2. Jahreshälfte 2009 zu beginnen, da erst bis dahin alle Staatsanwaltschaften angeschlossen seien und die "Optimierungsphase" mindestens solange andauern werde. Die Modalitäten der Evaluation seien noch nicht festgelegt und noch nicht mit dem Ministerium der Justiz abgestimmt. LOSTA Dr. Hund führte aus, diese Mehrbelastung sei nach Erhebung der Pebb\$y-Studie eingetreten und deshalb darin naturgemäß nicht einbezogen. Diskutiert werde, einen Minutenzuschlag zu fordern oder wegen der besonderen Belastung in Amtsanwalts- und Jugendverfahren dort einen generellen Aufschlag zu kalkulieren und dies im Rahmen der Geschäftsverteilung zu berücksichtigen. Das System solle auf absehbare Zeit beibehalten und weiterentwickelt werden.

Entscheidend für eine evtl. Mehrbelastung sei die EDV-Kompetenz der jeweiligen Anwenderin oder des Anwenders. Diesbezüglich bestehende subjektive Unterschiede würden dauerhaft bestehen bleiben. Erfreulicherweise sei das System seit seiner Einführung bei der StA Bad Kreuznach besser geworden. Anfangs seien zahlreiche Fehlermeldungen gesandt worden, in der letzten Zeit wies dies vermehrt auf Verbesserungsvorschlägen. Die Einführung des Systems bei der StA Mainz sei besser verlaufen als bei der StA Frankenthal. Zur Weiterentwicklung des Textsystems sei eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aller Staatsanwaltschaften und der Generalstaatsanwaltschaften berufen. Ansprechpartner für das Textsystem RP sei LOSTA Dr. Hund, für die Koordinierung mit web.sta und korrespondierenden



Programmen, beispielsweise das der LJK, seien OStA Kruse im Nordbezirk und OStA'in Keller für den Südbezirk zuständig. OStA Kruse berichtete, Rheinland-Pfalz habe sich in den seit 20 Jahren bestehenden web.sta-Verbund eingekauft. Die Entwicklungskosten hätten für den gesamten Verbund über 20 Jahre bislang 11 Millionen Euro betragen; web.sta sei weitgehend zu Ende entwickelt, mit Ausnahme mehrerer größerer Projekte, die bis Mitte 2009 abgeschlossen sein sollen. Für ein datenschutzgerechtes Löschsystem seien derzeit für den Verbund 250.000 Euro veranschlagt. Es bestehe ein "Pflegevertrag" mit einer weiteren Laufzeit von 5 Jahren mit einer Firma, die 150 Tage im Jahr dafür zur Verfügung stelle.

Auf den Einwand der Vertreterinnen und Vertreter des Richterbunds, es bestünden noch gravierende Defizite, beispielsweise, dass keine alphabetische Sortierung bei Suchabfragen vorgenommen werde, teilte LOSTA Dr. Hund mit, dass dies eines der erwähnten Projekte sei und der Mangel behoben werden solle. Es könnten auch Nachschulungen bei entsprechendem Bedarf durchgeführt werden, um Details und Arbeitserleichterungen bekannter zu machen (Bsp. Verknüpfung zwischen Hinweisen im Verfahren und der Resteliste, Vorbelegung, Tastenkombinationen etc.). Als weiteres Defizit sei der hohe Papierverbrauch erkannt.

Die Vertreterinnen und Vertreter des Richterbunds drängten darauf, vorzeitiger als geplant, eine Evaluation der Mehrbelastung vorzunehmen, da es nicht hinzunehmen sei, dass über Jahre diese Mehrbelastung folgenlos für die Personalbedarfsberechnung sei. Generalstaatsanwalt Weise kündigte an, dies für die kommende Behördenleiterbesprechung als Thema anzumelden, um mögliche Ansätze und den Ablauf einer Evaluation zu koordinieren.

Als problematisch wurde weiterhin erkannt, dass das Berufsbild der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie des Geschäftsstellenbereichs sich wandle und zunehmen EDV-orientierter werde - auf dem Weg zur elektronischen Akte. OStA Dr. Gehring wies darauf hin, dass insoweit noch ein eigenverantwortlicher Aufgabenbereich der Geschäftsstellen neu definiert werden müsse.

Außerdem forderten die Vertreterinnen und Vertreter des Richterbundes, dass bei der Weiterentwicklung und Optimierung des Systems das Ziel einer möglichst effizienten und kurzen Bildschirmarbeitszeit ausdrücklich berücksichtigt werde. Auf entsprechende Fragen der Vertreterinnen und Vertreter des Richterbunds teilte LOSTA Dr. Hund mit, es sei technisch möglich, bestimmte Abfragen

des Systems, die durch die Anwenderinnen und Anwender als sinnlos empfunden würden, für bestimmte Behörden auszublenden. Außerdem sei es möglich, Heimarbeitsplätze einzurichten, was Generalstaatsanwalt Pendt als berechtigtes Anliegen wertete.

Frau Dr. Zimmermann berichtete ferner, im Rahmen einer Umfrage bei der StA Frankenthal sei ihr gegenüber durch mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über körperliche Beschwerden (Augen, "Mausarm", Rücken), bedingt durch die verstärkte Arbeit am Bildschirm geklagt worden, was nicht aus dem Blick gelassen werde solle.

Die Anwesenden kamen überein, dass die Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen verbessert werden solle. Resignativer Stimmung, man könne an dem System nichts ändern, solle entgegengewirkt werden. Dazu erklärten sich LOSTA Dr. Hund und OStA Kruse bereit, Anregungen, Änderungswünsche, Problemanzeigen und Verbesserungsvorschläge anzunehmen.

Als Ansprechpartnerin des Richterbunds stehe ich zur Verfügung. Ausdrücklich besteht über mich die Möglichkeit, Kritik, Fehlermeldungen oder Verbesserungsvorschläge und Änderungswünsche auch **anonym** weiterzuleiten.

Ich bitte daher um rege Teilnahme an der Diskussion um web.sta und das Textsystem RP und bin wie folgt erreichbar: Birgit Nennstiel, Tel: 06131-16-4922, Fax: 06131-16-5876, E-Mail: Birgit.Nennstiel@min.jm.rlp.de oder birgitnennstiel@web.de.

Birgit Nennstiel

**Erhöhung der Richterbesoldung - ja !
Einführung eines Prämiensystems -
nein !**

Seit langem fordert der Richterbund eine überfällige angemessene Erhöhung der Besoldung und Versorgung der Richter und Staatsanwälte in Rheinland - Pfalz, da seit Jahren eine Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung festzustellen ist.

Ein davon völlig zu unterscheidendes Thema ist die insbesondere von der Landesregierung von Baden-Württemberg wieder aufgenommene Diskussion um die Einführung eines Leistungsbesoldungssystems auch innerhalb der Justiz (vgl. Teetzmann, DRiZ 2007, S. 333 - 336 - Leistungsprämien und Leistungszulagen für Richter -



Folge der Föderalismusreform ?). Die Befürworter dieses System führen ins Felde, eine Leistungsbesoldung könne an Verwaltungstätigkeiten oder andere Sonderaufgaben gekoppelt werden.

Hierzu soll zunächst klargestellt werden, dass für Richter und Staatsanwälte die fachliche Leistung selbstverständlich das maßgebliche und an erster Stelle stehende berufliche Kriterium ist. Das Leistungsprinzip ist und bleibt unbestritten.

Den Befürwortern eines – wie auch immer auszugestaltenden - Leistungsprämienystems muss allerdings Art. 97 Abs. 1 GG entgegengehalten werden:

- Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen - .

Für die Besoldung bedeutet dies, dass das Gehalt des Richters und auch das Aufsteigen des Richters im Gehalt gesetzlich normiert sein muss (und auch ist) und dass der Richter grundsätzlich Anspruch auf ein festes, von den jeweiligen Entscheidungen der Justizverwaltung unabhängiges Gehalt haben muss. Diese Maßstäbe hat das Bundesverfassungsgericht seit Jahrzehnten festgeschrieben (vgl. BVerfGE 12, 81 ff; vgl. BVerfGE 26, 79 ff). Die verfassungsrechtlichen, auf Art. 97 Abs. 1 GG beruhenden Vorgaben sind eindeutig und unverrückbar: Zur Unabhängigkeit des Richters gehört ein gesetzlich vorgegebenes festes Gehalt; ein „Leistungsprämienystem“ würde mit der richterlichen Unabhängigkeit kollidieren und sich dem Verdacht der Verfassungswidrigkeit aussetzen.

Reinhard Endell, Mainz

Kostendämpfungspauschale hat bei OVG Bestand

Nach einer Pressemitteilung des Oberverwaltungsgerichts Koblenz vom 2. Juni 2008 müssen Beamte und Richter ihren eigenen Anteil an den Krankheitskosten auch für die Vergangenheit zahlen.

Die ab dem 1. Januar 2003 durch eine Rechtsverordnung eingeführte Kostendämpfungspauschale wurde durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz vom 22. Juni 2007 für nichtig erklärt. Dies haben viele Kollegen zum Anlass genommen, gegen Beihilfebescheide Widerspruch einzulegen.

Nachdem der Landesgesetzgeber die Kostendämpfungspauschale Ende 2007 rückwirkend zum 1. Januar 2003 mit Gesetzeskraft beschlos-

sen hat, gab das Oberverwaltungsgericht der Berufung des Landes nunmehr statt und wies die Klage des Beamten ab.

Ein schützenswertes Vertrauen darauf, dass die Kostendämpfungspauschale für die Vergangenheit nicht mehr erhoben werde, habe sich bei dem Beamten wegen der lediglich aus formellen Gründen insoweit ungültigen Beihilfenverordnung nicht bilden können.

Soweit sich die Kostendämpfungspauschale als Besoldungskürzung auswirkt, war ein Verstoß gegen die Gewährleistung einer amtsangemessenen Besoldung in dem vorliegenden Verfahren für das OVG nicht feststellbar.

Der 6. Senat des OVG Nordrhein-Westfalen hat in einem Urteil vom 18. Juli 2007 die Kostendämpfungspauschale wegen Verletzung der amtsangemessenen Besoldung für rechtswidrig erklärt. In diesem Verfahren wurde die Revision zum BVerwG zugelassen. Es bleibt deshalb abzuwarten, ob sich mit den dort vorgebrachten Argumenten eine Verbesserung, die nicht nur die Vergangenheit betrifft, erreichen lässt.

Rolf Geisert

Erfolg im Beihilfestreit

Mit der Rechtsschutzzusage unseres Landesverbandes im Rücken hat eines unserer Mitglieder einen Rechtsstreit gegen das Land Rheinland-Pfalz in einer Beihilfeangelegenheit bis in die höchste Instanz erfolgreich abgeschlossen.

Nach § 5 Abs. 4 der Beihilfenverordnung ist für Aufwendungen für Zahnimplantate eine Höchstgrenze von vier Implantaten je Kiefer, einschließlich vorhandener Implantate, festgelegt. Wegen einer Überschreitung dieser Höchstzahl wurde dem Richterbundmitglied Beihilfe für ein weiteres Implantat abgelehnt, obgleich ihm für weniger als vier der vorhandenen Implantate Beihilfe geleistet worden war. Das Verwaltungsgericht Neustadt und das OVG Rheinland-Pfalz haben sich der Argumentation des Klägers angeschlossen, dass nach Sinn und Zweck der Beihilferegelung ein Ausschluss der Beihilfefähigkeit nur dann gerechtfertigt sei, wenn das Land bereits Kosten für die



Höchstzahl der beihilfefähigen Implantate getragen habe.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in einem Urteil vom 28. Mai 2007 die Revision des Landes zurückgewiesen (Az. 2 C 12/07). Bei Redaktionsschluss lagen die schriftlichen Urteilsgründe noch nicht vor. Falls sich daraus weitere Gesichtspunkte für die Anwendung des Beihilferechts ergeben, werden wir dazu ergänzend berichten.

Rolf Geisert

Bezirksverein Zweibrücken

Am 17.04.2008 haben sich Juristinnen und Juristen aus dem LG-Bezirk Zweibrücken auf Einladung des Bezirksvereins sowie der Anwaltsvereine zu einem gemeinsamen Treffen zusammengefunden. Solche Treffen werden schon seit 5 Jahren wahrgenommen. Eingeladen sind alle Juristen, also Richter, Staatsanwälte, Notare, Rechtsanwälte und Verwaltungsjuristen, Ehemalige.

Als Referent konnte Herr Prof. Dr. Karl-Friedrich Meyer, Präsident des Verfassungsgerichtshofs und des Oberverwaltungsgerichts gewonnen werden. Sein etwa halbstündiger Vortrag „Mit Juristen leben“ hat auf hohem Niveau zum unterhaltsamen Beginn des Abends beigetragen.

Die etwa 70 erschienenen Gäste, darunter der Oberbürgermeister von Pirmasens, Herr Matheis, sowie der Präsident des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken, Herr Dury, waren sehr angehen von der unterhaltsamen Einleitung.

Anschließend saß man bei gutem Essen und Trinken noch 2 - 3 Stunden zwanglos zusammen und unterhielt sich.

Es ist dabei immer wieder interessant, sich mit anderen Juristen zu unterhalten, mit denen man im täglichen Betrieb nicht zusammentrifft (Oberbürgermeister, Finanzbeamte, Notare, Verwaltungsjuristen).

Der Bezirksverein wird diese Veranstaltung gemeinsam mit den Anwaltsvereinen Pirmasens und Zweibrücken fortsetzen.

Am 08.05.2008 hat eine Gruppe von Mitgliedern die „Bibliotheca Bipontina“ in Zweibrücken besucht. Die Leiterin dieses Instituts, Frau Hubert-Reichling, hat uns in einer sehr interessanten Führung über den Bücherbestand informiert.

Am 28.05.2008 hat uns Herr VROLG Gerhard Reichling, Mitglied des Bundesvorstandes, über die Reise einiger Mitglieder nach Kolumbien informiert und zahlreiche Fotos vorgeführt. Dabei wurde (nicht nur) mir, erstmals die Arbeit und die Inhalte dieses Tätigkeitsschwerpunktes des Verbundes klar und ich habe mich zur Mithilfe entschlossen. Ich habe Respekt bekommen vor den Kolle-

gen, die für die Unterstützung von Angehörigen der kolumbianischen Justiz ihre Freizeit opfern.

Peter Jacob

Bezirksverein Landau

Wegen der Nachwahl, die nach dem Rücktritt von Frau Müller-Rospert als Vorsitzende des Landesverbandes anstand, musste im Jahr 2007 neben der ordentlichen auch eine außerplanmäßige Mitgliederversammlung im Bezirk stattfinden.

Im Sommer bzw. Herbst 2007 wurden erneut die vom früheren Vorsitzenden Karner eingeführten bereits traditionellen Veranstaltungen "Richterbundsausflug" und "Buschmühlforum" durchgeführt.

Der Spätsommerausflug in Form der Stadtführung, zum Teil vom früheren Bezirks- und jetzigen Ehrenvorsitzenden Herrn Karner selbst geführt, zum Teil vom Landauer Stadtarchivar Dr. Martin begleitet, brachte neue Erkenntnisse über Gebäude und Geschichte von Landau und endete angenehm im Lokal Bäuerlein. Der Ausflug fand erfreulichen Anklang und war auch diesmal wieder vom Wetter begünstigt.

Auch das Buschmühlforum am 16.11.2007 war von allgemeinem Interesse. Das Thema "Doping" wurde vom Referenten Herrn Dury, Präsident des Pfälzischen Oberlandesgerichts, interessant dargestellt.

Der Besuch von Richterseite konnte sich der Anzahl nach sehen lassen, jedoch waren Staatsanwaltschaft (trotz des vorwiegend strafrechtlichen Themas) und Rechtsanwaltschaft leider nur sehr spärlich vertreten. Verantwortlich dafür war wohl weniger der spät im Jahr liegende Termin (wegen des Referenten und der Herbstferien gab es keine frühere Alternative). Bei der Staatsanwaltschaft hinderte manchen verständlicherweise die am selben Tag liegende kurzfristig angesetzte Abschiedsfeier von Herrn OStA Kettenring wegen seiner Abordnung zur Generalstaatsanwaltschaft am Erscheinen.

Bei der Rechtsanwaltschaft schien es dagegen Probleme bei der Verteilung der Einladung gegeben zu haben. Deshalb will der Bezirksverein im kommenden Jahr die Verteilung in die Rechtsanwaltsfächer zumindest teilweise selbst übernehmen.

Im Zusammenhang mit einem neu erschienenen Buch über jüdische Rechtsanwälte im Dritten



Reich in Bayern (zu dem damals auch die Pfalz gehörte) fand im Gerichtsgebäude Landau (wie in verschiedenen anderen Gerichten der Pfalz) im Oktober 2007 eine Lesung statt. Der Bezirksverein Landau hat sich zur Ermöglichung einer solchen Lesung mit 200,- EUR finanziell beteiligt; diese Spende konnte später allerdings wegen anderer zur Verfügung stehender Geldmittel wieder zurückerstattet werden.

Wer bei dieser erfreulich gut besuchten Veranstaltung anwesend war, wird bestätigen, daß die Lesung außerordentlich eindrucksvoll und aufwühlend war.

Bei der regulären Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes im Frühjahr 2008 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Erster Vorsitzender (Frau Peters), Kassenwart (Herr Spielbauer) und Protokollführer (Herr Pohlit) wurden in ihren Ämtern bestätigt. Der bisherige zweite Vorsitzende, Herr RAG aD Karner, stand wegen schwerer Erkrankung, deren Fortgang damals noch nicht absehbar war, nicht mehr zur Wahl. Zweiter Vorsitzender ist nunmehr Herr RAG Bork vom Amtsgericht Landau. Herr Karner, dessen Gesundheitszustand sich zwischenzeitlich erfreulicherweise sehr verbessert hat, wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Die Bezirksversammlung vom 21.2.2008 brachte insoweit eine entscheidende Änderung, als nunmehr auch der Bezirksverein Landau eine neue, aktuelle Satzung hat. Diese Beschlussfassung war überfällig. Die bisherige (überdies z.T. in Verlust geratene), Anfang der 50er Jahre beschlossene Satzung wurde ohnehin in weiten Teilen seit Jahrzehnten nicht mehr beachtet.

Wir konnten im Jahr 2007 ein neues Mitglied begrüßen. Eine andere Richterin, die schon seit langem nicht mehr im Bezirk tätig war, hat den Verein zum Jahresende verlassen.

Der Mitgliederbestand des Bezirksvereins ist auch im bisherigen Jahr 2008 etwa gleich geblieben; Austritt/Todesfall und Eintritte halten sich in etwa die Waage.

Die Besoldungssituation führt bei den Mitgliedern des Bezirksvereins Landau zu erheblicher Unzufriedenheit. Das führte bei der letzten Mitgliederversammlung zu dem Beschluss, diesen Umstand dem Landesverband mitzuteilen und den Landesvorstand um Prüfung zu bitten, ob eine Empfehlung an die Mitglieder sinnvoll sein kann, sich bis zu einer angemessenen Besoldungsanpassung jeglicher Lehr- und Prüfungstätigkeiten zu verweigern.

JP Morgan Lauf in Frankfurt am Main

Auch in diesem Jahr nahm das Justizteam Mainz am JP Morgan Lauf durch die Frankfurter Innenstadt teil. Teamkapitän war wieder Dr. Rolf Höfel, der frühere Landgerichtspräsident. Dem Justizteam gehören Richterinnen und Richter aus allen Gerichtsbarkeiten und Staatsanwältinnen, aber auch Rechtspflegerinnen, Geschäftsstellenmitarbeiter, Wachtmeisterinnen und Wachtmeister an. Eine gute Gelegenheit, sich über den Dienst hinaus kennen zu lernen und Fitness zu zeigen.



Foto: Bungert

In eigener Sache

Redaktionsschluss für das nächste Mitteilungsblatt ist der **20. November 2008**.

Einsendungen bitte an:

DirAG Thomas Edinger, Amtsgericht,
Kreuznacher Str. 37, 67608 Rockenhausen



Impressum

Mitteilungsblatt Ausgabe 1- 2008

Herausgeber:

Deutscher Richterbund - Landesverband Rheinland-Pfalz

Kreuznacher Str. 37, 67608 Rockenhausen

www.richterbund-rlp.de

Redaktion:

- Thomas Edinger, DirAG AG Rockenhausen

Schriftleitung

- Paul Blaschke, VRLG Landgericht Mainz

Gestaltung

- Reinhard Endell, VRLG Landgericht Mainz

- Dorothee Feldmeier, RinArbG Mainz

- Dr. Wilhelm Tappert, RLSG, Mainz

Auflage: 1700 Exemplare

Druck: JVA Diez

Erscheinungsort: Mainz

Das Mitteilungsblatt wird an alle aktiven Richter und Staatsanwälte und die pensionierten Mitglieder des Landesverbandes kostenlos verteilt.